Morgen-Ausgabe
No. 75. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Freitag, 14. Februar 1906

Oranienburg-Friedrichsthal.

Eine Wanderung an der oberen Havel, zum Grabow- und Lehnitz-See wollen wir am nächsten Sonntag unternehmen, falls das Wetter uns nicht aus Zimmer fesselt. Vom Stettiner Vorortbahnhof führt uns der Vorortzug der Nordbahn nach Oranienburg. Vom Bahnhof wenden wir uns links in die Stadt hinein; nach sieben Minuten schwenken wir rechts in die Löwenberger Chaussee ein. Diese führt uns zum Städtle hinaus, an Fabriken vorbei und am Waldesrande hin zuletzt über die Havel in einer guten halben Stunde nach Sachsenhausen. Wir durchwandern den Ort auf der Chaussee. Am Nordausgange verlassen wir diese und folgen halbrechts am Waldesrande entlang dem Wege nach Freienhagen. Zur Rechten haben wir erst die Häuser von Sachsenhausen, dann den Blick über die Havelniederung auf die Friedrichsthaler Glashütte, die Neuholländer Forst und die Bahn. Nach 25 Minuten überschreiten wir diese; nach weiteren 15 Minuten treffen wir am Waldrande auf eine Wegekreuzung. Hier wenden wir uns links und gelangen in großem Bogen über die Havel in 25 Minuten nach Friedrichsthal, dessen unheimlich spitziger Kirchturm uns schon lange gewinkt.

Wir verlassen das Dorf nach Osten und halten uns, den Weg nach Malz links lassend, gerade aus. Nach 12 Minuten etwa treffen wir die von Malz kommende, nach Sandhausen und Oranienburg führende Straße, der wir rechts folgen. Sie führt uns am Grabowsee entlang; jenseits erheben sich die Gebäude der Lungenheilstätte. Nach 10 Minuten etwa verlassen wir diesen Weg und wenden uns halblinks immer durch schönen Wald. Wir überschreiten nach 25 Minuten die über den Stintgraben führende Brücke und treffen 3 Minuten später wieder eine Wegteilung. Rechts gelangen wir in 15 Minuten auf die Oranienburger Chaussee. Dieser folgen wir wieder rechts, überschreiten abermals den Stintgraben und wandern, uns an dem schönen Blick über den Lehnitzsee erfreuend, in 45 Minuten zum Bahnhof Oranienburg zurück.

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung vom 13. Februar, 1 Uhr.

(Schluß.)

Der Postetat.

Abg. **Droescher** (kons.): Der Etat ist mit großer Vorsicht aufgestellt. Einmal wegen der Finanznot, dann auch wegen der geplanten Umbildung des Beamtenkörpers. Bei den Verkehrseinnahmen wird eine Mehreinahme von sechs Millionen aus der Aufhebung des billigen Ortsportos erwartet. Es ist zu bezweifeln, daß dieser Anschlag richtig ist. Im Vorjahre erwartete man von jener Maßregel sogar zwölf Millionen Mehreinnahme. Der tatsächliche Mehrertrag aus dem höheren Ortsporto, aus dieser wenig verkehrsfreundlichen Maßnahme, ist aber bis jetzt wesentlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Trotzdem wird man es sich doch noch angesichts der Finanzlage sehr überlegen müssen, ob man jene Maßnahmen wieder rückgängig machen darf, wie das ein uns vorliegender Antrag v. Damm und Genossen vorschlägt. In der diesmaligen starken Vermehrung der gehobenen Unterbeamtenstellen erblicken seine Freunde die ersten Anfänge einer organischen Umbildung der Beamtenorganisation. Wenn aber gleichzeitig die Zahl der nicht gehobenen Unterbeamtenstellen so gut wie gar nicht vermehrt worden sei in diesem Etat, so hoffen seine Freunde, daß dem nicht etwa bloß die Finanzlage zugrunde liege! Und sollte auch in Zukunft eine Vermehrung der nicht gehobenen Unterbeamtenstellen so gut wie ganz unterbleiben, so sei die Besorgnis berechtigt, daß die Unterbeamten alsdann zu sehr überbürdet werden würden! Große Bedenken hätten seine Freunde ferner gegen die von der Kommission beantragte Resolution wegen Schließung der Paketannahmeschalter an den Sonnabenden und Vorabenden der Festtage schon um 6 Uhr im Interesse erweiterter Sonntagsruhe. Die Verkehrsinteressen könnten dadurch zu sehr leiden, seine Freunde seien daher gegen die Resolution stimmen. Was die höheren Beamten anlange, so sei zweifellos, daß sich das Verhältnis der Endstellen zu den Durchgangsstellen schon wesentlich günstiger gestaltet habe. Die Endstellen müßten aber und könnten auch noch vermehrt werden. Der Redner ging dann auf die Verhältnisse bei den höheren Beamtenstellen näher ein. Unter anderem wünschte er, daß die Postdirektoren den Räten gleichgestellt werden, und daß ihnen nach längerer Dienstzeit der Charakter als Geheimer Postrat verliehen werde.

Bezüglich der für das Frühjahr angekündigten Wiedereröffnung der höheren Postlaufbahn sei zu bedenken, ob dieser Zeitpunkt nicht zu früh gewählt ist. Die 2250 Anwärter, die am 1. April 1907 vorhanden wären, würden auch nach dem günstigsten Verhältnis erst in 17 Jahren in ihre Stellen eingerückt sein. Die Assessoren werden bis zur definitiven Anstellung sieben bis acht Jahre warten müssen; es werde sich eine starke Konkurrenz zwischen alten und neuen Anwärtern ergeben. Eine Personalreform der mittleren Beamten ist schon mehrmals vom Reichstag angeregt worden. Sie soll eine Vereinheitlichung der mittleren Laufbahn bringen und ist durchaus erstrebenswert; allerdings werden sich allerlei finanzielle Bedenken dabei geltend machen. Nach den Mitteilungen über die neuen Beamtenvorlagen, die in der Presse verbreitet sind, scheint es, als ob man den Wünschen des Reichstags nicht Rechnung getragen hat. Es scheint nur eine Aufbesserung von etwa 10 Prozent beabsichtigt zu sein, während wir eine solche von mindestens 20 Prozent für notwendig halten. Der Redner regt die Schaffung einer besonderen Beamtenklasse zwischen mittleren und unteren Beamten an, zu der die gehobenen Unterbeamten gehören sollen. Er fordert eine pensionsfähige Zulage für die Postverwalter und bittet, die Oberpostkassenbuchhalter und Telegraphensekretäre nicht weiterhin stiefmütterlich zu behandeln. Die Landbriefträger bedürfen einer besonderen Aufbesserung, besonders in Pommern, Ost- und Westpreußen, Posen und Mecklenburg. Auch für die Postagenten müsse besser gesorgt werden. Wenn der Staatssekretär sich seiner Beamten annehmen werde, so werde deren Dankbarkeit der schönste Lohn für ihn sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Singer** (soz.): Das Eintreten des Vorredners für die Wünsche der Unterbeamten zeigt, daß er unsere Reden aus all den Jahren mit Erfolg gelesen hat. (Lachen rechts.) Die Einsicht in der Frage des Ortsportos für Postkarten usw. ist den Herren leider zu spät gekommen. Ein Verkehrsunrecht kann nicht früh genug wieder gut gemacht werden. Ueberhaupt muß gegenüber dem Lobgesang des Vorredners festgestellt werden: eine verschuldetere, bureaukratischere Verwaltung als die jetzige Postverwaltung gibt es in Deutschland nicht. Nichts als Fiskalismus, nur Verteuerung! So auch jetzt wieder die Telephonreform. Hoffentlich verzichtet der Reichstag jetzt ein für allemal darauf, der Reichspostverwaltung die Freiheit der Gebührenfestsetzung zu geben. Abg. Singer geht dann auf die Frage des Koalitionsrechts der Postbeamten ein. Charakteristisch für die Auffassung des Staatssekretärs ist ein Wort aus der Budgetkommission: „Vereinsmeierei". Die Beamten haben außerdienstlich dieselben Rechte wie jeder andere Bürger. Der Staatssekretär hat im Laufe der Jahre eine immer schroffere Haltung eingenommen, man vermißt gar nicht mehr den General an der Spitze der Verwaltung. Singer stellt hierauf die dienstlichen Verhältnisse der oberen und mittleren Beamten mit denen der Unterbeamten in Vergleich und wirft der Verwaltung vor, daß sie die letzteren übermäßig ausnütze und ihnen zum Teil skandalöse Löhne zahle. Der frühere Schluß der Paketschalter sei an allen Wochentagen überhaupt erforderlich im Interesse der Postbeamten und der Hausdiener der Geschäfte. Auf Verlangen des Reichstages ist die Geldbestellung am Sonntag abgeschafft; die Geldbriefträger haben nun aber nicht nur die vermehrte Arbeit am Montag, sondern werden am Sonntag zu Bureaudiensten herangezogen. Das war nicht die Absicht des Reichstages.

Der Redner bespricht weiter den Fall des Postvertrauensarztes Dr. Schellenberg in Wiesbaden, der als Freisinniger bei der Reichstagswahl gegen den Nichtsnationalliberalen sozialdemokratisch gewählt hatte und deshalb seine Stellung verlor. Das ist eigentlich eine Sache der Freisinnigen; ich dachte, sie würden es in der Budgetkommission vorbringen, aber sie sind ja jetzt im Block. (Die Freisinnigen rufen Singer zu: Haben wir ja schon bei der ersten Lesung getan!) Bei der ersten Lesung macht das keinen Effekt! (Gelächter.) Es ist unerhört, daß die Postverwaltung sich herausnimmt, sich um die Betätigung der politischen Ueberzeugung eines Bürgers zu kümmern, dem verfassungsmäßigen Wahlrecht uns Gesicht zu schlagen. Nichts setzt so sehr das Ansehen des Deutschen Reiches im Auslande herab. Das sind russische Zustände!

Abg. Singer behauptet weiter, Beweise dafür zu haben, daß Sozialdemokraten gegenüber das Briefgeheimnis verletzt werde. So ist ein Brief, den der frühere Reichstagsabgeordnete Plankuhn an die Freie Vereinigung der Maurer gerichtet hat, mit einer Verspätung von einigen Tagen in einem Zustand bestellt worden, der es erkenntlich macht, daß der Brief geöffnet und dann mit einem gummierten Papierstreifen wieder zugeklebt war. Das ist eine Unverfrorenheit sondergleichen und zugleich auch eine kolossale Dummheit. Ich habe hier noch eine Reihe ähnlicher Fälle. Ich ersuche den Staatssekretär, an seine Beamten einen Erlaß zu richten, daß sie sich nicht von den Achtgroschenjungen der Polizei verleiten lassen.

Staatssekretär **Krätke**: Ich lehne es ganz entschieden ab, an die Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eine derartige Verfügung zu erlassen (Lebhafter Beifall rechts), weil das eine Beleidigung sein würde. (Lebhafter Beifall.) Ich kann es nicht anders — um keinen härteren Ausdruck hier in diesem hohen Hause zu gebrauchen — als eine leichtfertige Verdächtigung bezeichnen, wenn der Vorredner keine anderen Momente anzuführen hat als seine Phantasiegemälde, um zu sagen, die Postbeamten achten das Briefgeheimnis nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist eine der schwersten Beleidigungen, die gegen einen Postbeamten ausgesprochen werden kann. Ich protestiere für meine sämtlichen Briefträger und Postbeamten gegen eine derartige Beleidigung. (Beifall.)

Der Vorredner hat unter anderem auch behauptet, die Geldstrafen würden jetzt erheblich reichlicher erhoben; auch das ist vollständig unrichtig. Es ist allgemein bekannt, daß ich kein Freund von Geldstrafen bin. Das wissen die Chefs der Provinzialverwaltungen und auch die Beamten. Die Zahl der Geldstrafen hat erheblich abgenommen. Innerhalb der letzten sechs Jahre hat eine Vermehrung des Personals um 24,92 Prozent stattgefunden. (Zuruf: Leider!) Trotzdem ist in dem gleichen Zeitraum der Betrag der Geldstrafen um 19 Prozent gesunken.

Nun der Fall Schellenberg!

Ich weiß nicht, ob Dr. Schellenberg dem Vorredner dafür dankbar sein wird, daß diese Angelegenheit von seiner Seite hier zur Sprache gebracht worden ist. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Es ist unrichtig, daß das Verhältnis des Dr. Schellenberg zur Reichspostverwaltung wegen seiner Stimmabgabe gelöst worden ist. Die Reichspostverwaltung kümmert sich darum, in welcher Weise Dr. Schellenberg seine Stimme bei der Reichstagswahl abgegeben hat, gar nicht, denn es ist geheime Wahl. Der Fall liegt ganz anders. Es ist mir bekannt, daß Dr. Schellenberg sozialdemokratisch gewählt hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wodurch?) Durch direkte Anzeige. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Durch Denunziation!) Darauf habe ich einen Bericht eingefordert. Der Bericht ist dahin ausgefallen, daß ein höherer Beamter mit Dr. Schellenberg gesprochen hat, wobei ihm Dr. Schellenberg gesagt hat: „Ja, ich habe meine Stimme für den Sozialdemokraten abgegeben." Das ist sofort durch eine Kellnerin bekannt geworden und in die Kreise der Postbeamten hineingekommen. Es steht nun fest: Solange die sozialdemokratische Partei feindlich unseren Einrichtungen gegenübersteht (Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten) — jawohl meine Herren — solange können Sozialdemokraten als Beamte nicht geduldet werden. (Lärm der Sozialdemokraten und Zurufe: Ist ja gar kein Beamter!) Gewiß! Das verträgt sich nicht mit dem Eid, den der Beamte geleistet hat. (Lebhafte Zustimmung rechts, Lärm der Sozialdemokraten.) Herr Singer hat erklärt, ich sei der Verleumder des Dr. Schellenberg. Davon ist keine Rede. Mit dem Vertrauensarzt schließt die Postverwaltung einen Vertrag, in dem auch Kündigung von beiden Seiten vorgesehen ist. Dieser Vertrag ist auch mit Dr. Schellenberg geschlossen worden. Ich brauche aus meinem Herzen keine Mördergrube zu machen und kann erklären, es tut mir leid, daß sich durch die Unvorsichtigkeit des Dr. Schellenberg in der Stadt die Nachricht verbreitete, er habe sozialdemokratisch gewählt. Ich beauftragte die Oberpostdirektion, einen höheren Beamten zu ihm zu schicken, der ihm sagen sollte, daß es das Beste wäre, wenn er seine Stellung aufgeben würde. Das lehnte er ab, und infolgedessen blieb nichts übrig als seine Entlassung, damit bei den Unterbeamten Lärm und Unruhe keine Erregungen und Wirrungen entstanden. (Lärm und Gelächter der Sozialdemokraten.) Wenn der Fall heute noch einmal vorkommen würde, so würde ich genau so handeln. (Beifall rechts, Gelächter der Sozialdemokraten.) Herr Singer hat mich nicht davon überzeugen können, daß meine Auffassung falsch ist. Ich kann nicht zu jedem Unterbeamten hingehen und zu ihm sagen: Dr. Schellenberg ist ein tüchtiger Arzt. Ihr dürft aus der Tatsache, daß er sozialdemokratisch gewählt hat, nicht auf sozialdemokratische Neigungen bei ihm schließen! Von seiten der Postverwaltung ist auch nicht eine Silbe über die Sache in die Zeitungen gekommen. Die Veröffentlichungen sind von Dr. Schellenberg ausgegangen.

Herr Singer hat uns zum Vorwurf gemacht, daß unsere soziale Fürsorge für Beamte und Unterbeamte verschieden sei, und daß wir die Beamten bevorzugen. Hätte er die Statistik nachgesehen, so wäre er zu einem solchen Urteil nicht gekommen. Daß die Arbeitszeit der höheren und der unteren Beamten verschieden ist, ist selbstverständlich. Geistige Tätigkeit strengt mehr an als körperliche, und es ist in der ganzen Welt so, daß die geistig tätigen Menschen nach der Zeit weniger beschäftigt sind als die körperlich tätigen. Innerhalb der letzten fünf Jahre sind zur Verbesserung des Leistungsmaßes der Beamten und Unterbeamten erhebliche Summen ausgegeben worden, für die Beamten 2,690.000 Mark, für die Unterbeamten 4,490.000 Mark; zur Durchführung des Erholungsurlaubs an Stellvertreter für Beamte und Unterbeamte gleichmäßig etwa sechs Millionen Mark, zur Durchführung der Sonntagsruhe an Beamte 90,400 Mark und an Unterbeamte 3,200,000 Mark. Unsere soziale Fürsorge wird also nicht verschieden abgemessen. Wir vernachlässigen die Unterbeamten nicht. Die Auffassungen des Herrn Singer teilt kein Unterbeamter. Sie sind vollständig davon überzeugt, daß die Verwaltung in erster Linie für sie wirkt. Ich habe bei meinem Amtsantritt sofort zu erkennen gegeben, daß es in erster Linie meine Aufgabe sein werde, für die Unterbeamten zu sorgen, und daran habe ich festgehalten. (Beifall.) Wir zahlen keine schlechten Löhne. Wenn Herr Singer uns hier eine schlechte Statistik vorgeführt hat, so kommt das daher, daß er die Aushelfer, die nur zwei, drei Stunden täglich beschäftigt werden, nicht bedenkenlos berücksichtigt hat. Die Sonntagsruhe bringt die Notwendigkeit solcher Aushelfer mit sich, und dadurch geht der Durchschnitt zurück. In Wirklichkeit zahlen wir ortsübliche Löhne.

Was die Geldbestellungen anlangt, so werden die Vorteile, die durch die Aufhebung der Sonntagsbestellung sich ergeben haben, auf das ganze Personal verteilt. Wunderbar ist es mir — aber eigentlich sollte ich mich bei Herrn Singer nicht darüber wundern —, daß er

mich als rücksichtslosen Menschen bezeichnet.

Er sagt einfach zu mir: du bist doch für den Verkehr da und sorgst nicht dafür; wir machen mit Dir sehr schlechte Erfahrungen, wenn du mit einer Reform kommst, so gibt es immer eine Verteuerung." Ich habe mich mit dem Handelstag, dem Deutschen Landwirtschaftstag, dem Handwerkertag und den Industriellen in Verbindung gesetzt. Ich habe mir ihr Urteil erbeten, mehr kann ich nicht tun. Es entspricht ganz meinen Wünschen, wenn dort, wo die Verhältnisse es gestatten, die Postanstalten früher geschlossen werden. Ich muß mich aber nach den Bedürfnissen des Verkehrs richten. Ich möchte bei derartigen Wünschen aber davor warnen, sich auf bestimmte Tage festzulegen, für die ein früherer Schalterschluß gewünscht wird.

Ob der Abg. Droscher so ganz genau über die Verhältnisse der Postbeamten unterrichtet ist, weiß ich nicht. Ganz im Interesse der Beamten möchte ich die Herren davor warnen, gleich immer alles zu verallgemeinern. Es wäre ja sehr einfach, alle Wünsche der Beamten zu erfüllen, es muß aber in erster Linie entschieden sein, ob wirklich ein Bedürfnis vorliegt. Ich kann nun nicht mit einem Male sagen, weil so und so viele Beamte daran interessiert sind, müssen wir so und so viel Sekretäre zu Obersekretären machen. Wer hat nicht in jüngeren Jahren Wünsche gehabt, die man nachher in höherem Alter und in einer höheren Stellung, von der man das Ganze überschauen kann, später ganz anders beurteilt! Darum verallgemeinern Sie nicht jeden Wunsch, der an Sie herantritt!

Die neuen Anwärter für die höhere Laufbahn haben gar keinen Anlaß, unruhig zu sein. Die Beamten werden in höhere Stellen befördert, wenn sie den Anforderungen genügen, ihre Examina gemacht haben und sich in ihrer ganzen Tätigkeit für höhere Stellen geeignet gezeigt haben. Es wird keiner Stelle einfallen, gute Beamte nicht zu befördern, man wird immer zufrieden sein, es tun zu können. Die Annahme von neuen Anwärtern wird sich natürlich in Grenzen halten.

In bezug auf die gehobenen Unterbeamten kann man sagen: Alles, was man tut, ist falsch. Erst ist ein Examen gefordert worden, jetzt heißtes, das Examen ist nicht nötig. Jedenfalls liegt es nicht in der Absicht der Verwaltung, die früheren gehobenen Unterbeamten und die späteren, durch eine Prüfung in diese Stellen kommenden differenziert zu behandeln; sie werden alle gleichmäßig behandelt.

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.): Das Material, das der Abg. Singer bezüglich der Verletzung des Briefgeheimnisses vorbrachte, halte ich für durchaus ungenügend, um so schwere Beschuldigungen vorzubringen. Herr Singer sagte zwar, er hätte Material. Aber dann wäre es seine Pflicht gewesen, dies Material vorzubringen. Wenn dies Material beweiskräftig gewesen wäre, hätte gewiß das ganze Haus seine Klagen unterstützt, denn in solchen Fragen gibt es keine Parteiunterschiede. — Im Falle Schellenberg billigen wir das Vorgehen der Postverwaltung nicht, denn die Verwaltung darf nicht in die staatsbürgerlichen Rechte der Bürger eingreifen. — Durch den internationalen Postkongreß ist eine Anzahl von Reformen eingetreten, zum Beispiel die Verbilligung des Portos für schwere Briefe, die Antwortscheine usw. Doch meine ich, man sollte auch im Inlande das einführen, was man dem Auslande zugesteht, man müßte auch in Deutschland Antwortscheine und Umwechslungsstellen für die bayerischen Marken einführen. Die Wünsche des Abgeordneten Singer bezüglich des billigen Ortsportos unterstützen wir. Doch bedauere ich es, daß Herrn Singer die staatsmännische Einsicht gefehlt hat als es sich darum handelte, die Privatposten aufzuheben. Damals war Herr Singer für die Aufhebung der Privatposten, obwohl unser früherer Führer Richter die Folgen vorausgesagt hat. Die Erhöhung des Ortsportos ergab ein großes Fiasko. Es ist eben ein falscher Schluß, daß erhöhtes Porto auch erhöhte Einnahmen bringen wird. Durch die beabsichtigte Verteuerung der Fernsprechgebühren wird der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand aufs schwerste geschädigt, denn die kleinen Geschäftsleute sind gezwungen, Telephone zu haben. Die Postverwaltung sagt zwar, die Geschäftsleute können sich für die Benutzung des Telephons 10 Pfennig zahlen lassen. Aber dieser Einwand ist hinfällig, denn wenn sie dies tun würden, dann würden sie in den meisten Fällen ihre Kunden verlieren. Sehr berechtigt sind die Klagen der Unterbeamten. Uns ist zwar gesagt, wir möchten mit der Beamtenaufbesserung warten, bis Preußen damit vorangeht. Aber der Reichstag hat keine Veranlassung, auf Preußen Rücksicht zu nehmen. Preußen nimmt auch keine Rücksicht auf den Reichstag. Es ist nicht wahr, daß Preußen in Deutschland voran ist. Das Gegenteil ist richtig. Erst in diesen Tagen hat der Minister Holle im Abgeordnetenhause Aeußerungen getan, die alle Liberale und selbst die Kreise der Freikonservativen aufs schmerzlichste berührt haben. Ich hoffe deshalb, daß uns noch vor Ostern die Beamtenvorlagen zugehen werden, ohne Rücksicht auf die Reichsfinanzreform. Verteilt werden dadurch die einzelstaatlichen Finanzminister etwas weniger steifbeinig gegen direkte Reichssteuern. Der Parteisekretär der Konservativen hat an Beamtenvereinigungen geschrieben, daß die Konservativen nicht unter die im Vorjahre beschlossenen Gehaltssätze heruntergehen würden. Wenn andere Parteien dies täten, würden die Konservativen dies sicher demagogisch nennen.

Der Redner geht hierauf auf die Beamtenfragen ein, und tadelt es, daß der Staatssekretär den Posteleven eine Audienz verweigert habe, weil sie sich an Reichstagsabgeordnete gewandt hatten. Ferner mißbilligt er einige Maßregelungen von Postbeamten, die dem Staatssekretär unbequeme Zeitungsartikel geschrieben hatten. Den Antrag Gamp, der die Ortsmarkenzulagen wieder einführen will, können wir nicht annehmen. Denn in der Form, wie er vorliegt, bezieht er sich auch auf pensionierte Beamte, soll also auch ein Kampfmittel gegen die Polen sein. Dem Antrag von Damm stimmen wir dagegen zu, und behalten uns einen Antrag vor, der Postkarten für drei Pfennig einführen will. (Beifall links.) Staatssekretär **Kraetke** bestreitet, daß Maßregelungen vorgekommen seien, kein Postvorsteher sei versetzt oder bestraft worden. Den Posteleven habe ich gelegt, daß ich sie gern hören wolle. Da ich annehme, daß sie Vertrauen zu mir hätten; sie aber gleichzeitig eine Aktion beim Reichstag vornähmen, so sähe ich da einen Mangel an Vertrauen zu mir. (Unruhe links.) Ich habe aber ausdrücklich anerkannt, daß die Beamten ein Recht hätten, sich an den Reichstag zu wenden. Von einer Verkürzung der Rechte der Beamten kann also keine Rede sein. Die Bestrafung wegen der Artikel, in denen ich auf das maßloseste angegriffen wurde, mußte im Interesse des Dienstes erfolgen. Spielen lasse ich nicht mit mir. Ich strafe nicht gern, wenn ich aber strafe, strafe ich streng.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6½ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 13. Februar. (Schluß.)

Der Kultusetat.

Abg. **Winckler** (kons.) erklärt sich namens seiner politischen Freunde mit der Stellungnahme des Kultusministers zu der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung durchaus einverstanden und kommt dann auf die Ausführungsbestimmungen zu dem Schulunterhaltungsgesetz zu sprechen. Dem Abg. Friedberg antworte er, daß es seinen politischen Freunden allerdings Herzenssache sei, den religiösen Charakter der Volksschule hervorzuheben, eine Unterordnung der Schule unter die Kirche liege ihnen aber durchaus fern. Das

Verhältnis zwischen Kirche und Schule müsse nur ein der Kirche und den kirchlichen Organen würdiges sein. Der Redner schließt: Was unsere Stellung zu dem neuen Minister und zu den Grundfragen über das Verhältnis zwischen Kirche und Schule betrifft, so stehen wir fest und einig hinter dem Abg. v. Heydebrand.

Abg. **Stull** (Ztr.): Bei der Besetzung der Ortsschulinspektion spielen vielfach politische Gründe mit; in meinem Wahlkreise Neiße wurde ein katholischer Ortsschulinspektor nicht bestätigt, weil er vor dem Landrat keine Gnade fand. Man rede also auf der Linken nicht von einer Aufhebung des Kulturkampfes. Das Nachspüren nach der politischen Gesinnung erstreckt sich nicht bloß auf die Geistlichen, sondern auch auf die Lehrer. Wir protestieren gegen die Beaufsichtigung der katholischen Geistlichen und Lehrer seitens eines Landrats, wie es in meinem Wahlkreise vorgekommen ist. Der Ministerpräsident möge seine Erklärung über die objektive Haltung der Regierung bei den Wahlen den Landräten und Kreisschulinspektoren zur Nachahmung dringend ans Herz legen. Wir halten den Geistlichen für den allein geeigneten Vorsitzenden des Schulvorstandes.

Was die Ausführung des Abg. Fischbeck über die Bestrafung des Seminaristen wegen der Lektüre des „Faust" betrifft, so hat sich der Abg. Fischbeck einer Unterschlagung schuldig gemacht . . .

Präsident **v. Kröcher** (den Redner unterbrechend): Sie dürfen einem Abgeordneten nicht den Vorwurf der Unterschlagung machen.

Abg. **Stull** (fortfahrend): Ich nehme den Ausdruck, den ich natürlich nur in ideeller Beziehung gebraucht habe, zurück. Ich meine, Abg. Fischbeck hat es unterlassen, den Grund anzuführen, weshalb der Seminarist bestraft worden ist. Die Strafe ist erfolgt nicht wegen der Faust-Lektüre an sich, sondern weil er diese Lektüre als Vorbereitung für die Kommunion benutzt hat.

Geheimer Rat **v. Bremen**: Ich bedauere, daß der Vorredner mir nicht vorher von den Vorwürfen Mitteilung gemacht hat, die er gegen einzelne Kreisschulinspektoren richten wollte. Infolgedessen ist es mir nicht möglich, darauf zu antworten.

Abg. **Cassel** (fr. Vp.): Wir verlangen die Freiheit der Stimmabgabe für jedermann, nicht bloß für alle Lehrer, sondern auch für alle Beamte. Auch in den Kreisen der Unterbeamten muß die Ueberzeugung Platz greifen, daß nicht nur den Beamten, sondern auch den Bürgern, mit denen sie zu tun haben, eine vollständige Freiheit der Wahl gestattet ist.

Was die Bestimmung bezüglich der Wahl des

Vorsitzenden des Schulvorstandes bei den Landgemeinden

betrifft, so ist es richtig, daß die Nationalliberalen erklärt haben, daß für sie die Vorlage unannehmbar sei, wenn es bei der Bestimmung des Gesetzes bleibt, daß der Ortsschulinspektor der geborene Vorsitzende des Schulvorstandes sein soll. Sie haben sich nachher beruhigt mit der Bestimmung, daß die Ernennung des Vorsitzenden des Schulvorstandes der Staatsregierung überlassen bleiben sollte. Wir haben dieses Vertrauen zur Staatsregierung nicht gehabt. Ich habe in der Kommission und auch im Hause den Antrag gestellt, daß der Vorsitzende vom Schulvorstand gewählt werden sollte. Ich stimme den Nationalliberalen darin bei, daß die Erklärungen, welche damals von seiten der Regierung in der Kommission abgegeben worden seien, die den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes in einem gewissen Widerspruch stehen. Was die Frage der Schulaufsicht betrifft, so ist ja eine gewisse Uebereinstimmung weiter Kreise des Hauses und der Regierung insofern vorhanden, als es wünschenswert erscheint, die Kreisschulaufsicht im Hauptamt zu gestalten. Ich wünsche, daß überall die Kreisschulaufsicht als die geeignetste dahin dargestellt wird, daß Beamte im Hauptamt mit ihr beauftragt werden, und nicht im Nebenamt. Es muß der modernen Entwickelung der Pädagogik und der Einzelwissenschaften gemäß anerkannt werden, daß eine ordentliche wirksame Beaufsichtigung nur von Leuten wahrgenommen werden kann, die auf der vollen Höhe des pädagogischen und des Fachwissens stehen (Sehr richtig! links), und das werden in der Regel nur Schulmänner sein können, die sich die pädagogische und technische Schulbildung, wie sie für das Lehramt erforderlich ist, angeeignet haben. Ich muß mich entschieden dagegen wehren, wenn man etwa glaubt, daß die Kreisschulaufsicht nur deswegen notwendig sei, um die Kinder in bezug auf Einzelwissen zu heben. Die Fachschulaufsicht soll dazu beitragen, daß sich die Kinder entwickeln in Liebe für das Vaterland und in Begeisterung für alles Wahre, Edle und Schöne. (Sehr richtig! links.) Ist aber eine Kreisschulaufsicht in diesem Sinne vorhanden, warum sollen dann der Ortsschulaufsicht noch besondere Zwecke eingeräumt werden. Dafür, daß die Geistlichkeit ihren Einfluß auf den Religionsunterricht und die Sittlichkeit der Kinder behält, ist ja durch die Leitung des Religionsunterrichts durch die Geistlichkeit nach wie vor gesorgt. (Sehr richtig! links.)

Der Vorredner hat einem weiten Kreis von Lehrern außerordentlich weh getan, indem er erklärte, daß er in bezug auf die Gehaltsbestimmungen gegen den Lehrerstand ebenso gesinnt sei wie der Abg. v. Zedlitz. Ueber diese Angelegenheit werden wir näher verhandeln, wenn die Lehrerbesoldungsfrage kommen wird.

Ich bin der Ansicht, daß in den Schulen, wo Rektoren fungieren, die Ortsschulaufsicht nicht nötig ist. Wie soll nun das Verhältnis zwischen dem Kreisschulbeamten und dem Ortsschulinspektor sich entwickeln? Die Kreisschulinspektion ist notwendig, weil in ganz anderer Weise als bisher die Aufsicht wahrgenommen werden muß von bewährten Schulmännern. Wenn die Pflege der Schule nach der technischen Seite gar nicht anders wahrgenommen werden kann als durch eine tüchtige Kreisschulinspektion, so kann diesen Zwecken der Schulinspektion durch Ortsschulinspektoren, die keine Fachmänner sind, überhaupt nicht geholfen werden.

Wir scheint es richtig, daß diejenigen, welche hauptsächlich zu den Lasten der Schule beizutragen haben, auch einen gewissen Einfluß auf die Schule besitzen sollen. (Sehr richtig, links.) Bisher war noch nicht die Rede von denjenigen Faktoren, denen ein großer Einfluß auf die Aufsicht über die Schule und das ganze Schulwesen zustehen muß, nämlich den Gemeinden, die die Schulen unterhalten. Die Gemeinden haben, wie es das Oberverwaltungsgericht auffaßt, das Recht der Verwaltung der äußeren und inneren Angelegenheiten der Schule, sie haben auch nach dem Schulaufsichtsgesetz von 1872 Schulaufsichtsbefugnisse, die jetzt durch die Schuldeputation wahrgenommen werden, und die Schuldeputation soll als ein Organ der Staatsschulaufsichtsbehörde handeln. Es wäre durchaus angemessen, wenn neben der Kreisaufsicht den Schuldeputationen in allen Gemeinden die Ortsschulaufsicht übertragen würde. Ich nehme für die Gemeinden in Anspruch das Verwaltungsrecht in inneren und äußeren Schulangelegenheiten.

In den letzten Jahrzehnten ist eine Verwirrung in der ganzen Sache eingetreten, weil die Schulaufsichtsbehörden, statt bloß die Aufsicht zu führen, sich die ganze Verwaltung der Schulen angemaßt haben. Es wird notwendig sein, daß ein anderer Geist in die Schulverwaltung in bezug auf das Verhältnis zu den Gemeinden einzieht, und daß gesetzlich die Selbstverwaltungsbefugnisse gesichert werden, damit sie nicht bei irgendwelcher Strömung angetastet werden. Die Bevormundung, die Einmischung in die kleinsten Dinge muß zurückgehalten werden. Unser Staat hat in vergangenen Zeiten durch Männer wie Wilhelm v. Humboldt bis zu Falk für die Hebung des Volksschulwesens viel getan. Aber die Blüte des Volksschulwesens wäre nicht erreicht worden, wenn nicht die Gemeinden gewisse Vorbilder geschaffen hätten, die zu dieser außerordentlichen Ausbildung des Schulsystems, einer Erhöhung der Klassenzahl, einer Erhöhung und Vertiefung der Leistungsfähigkeit der Schule geführt haben. (Sehr richtig! links.) Wenn weiterhin nach dieser Richtung das Erforderniß geltend gemacht wird, daß die Gemeinden vorbildlich sein sollen in der Ausgestaltung des Schulwesens, dann kann auch mit Recht gefordert werden, daß ihnen das Recht verliehen wird, auf die Schulverhältnisse einen anderen Einfluß zu gewinnen als es bisher der Fall gewesen ist. (Sehr richtig! links.)

Ich bitte den Minister dringend, sich nicht bloß im Interesse der einzelnen Gemeinden, sondern auch im Interesse der Blüte des Schulwesens und des Staates klar zu machen, daß der Faustdruck der Bureaukratie, der vielfach auf den Schulgemeinden gelastet hat, gelindert werden muß. Dann wird auch in bürgerlichen Kreisen die Anschauung Platz greifen, daß in der Tat ein Wandel eingetreten ist, der uns ermutigen kann, nach dieser Richtung an einem weiteren Ausbau mitzuarbeiten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. **v. Campe** (natl.): Ich bitte den Minister um eine Statistik der Berufe derjenigen Ortsschulinspektoren, die zu Vorsitzenden der Schuldeputationen gemacht sind. Ebenso notwendig ist eine vergleichende Uebersicht über die Zahl der Schüler, welche im Durchschnitt in den einzelnen Staaten des Deutschen Reichs von einem Lehrer unterrichtet werden. Selbst in Mecklenburg ist die Durchschnittszahl geringer, als in Preußen. Der Abg. Stull hat sich über die Zurücksetzung der katholischen Geistlichen bei der Wahl von Ortsschulinspektoren beschwert, er hat das Gespenst des Kulturkampfes heraufbeschworen. Ich möchte ihm empfehlen, bei seinen Parteifreunde Dittrich in die Schule zu gehen. (Sehr gut! links.) Die Katholiken sind durchaus nicht alle Anhänger des Zentrums; nur 22,8 bis 44,7 Prozent der katholischen Wahlberechtigten haben bei den verschiedenen Reichstagswahlen für das Zentrum gestimmt (Zuruf im Zentrum: Und die Polen?) Die Berücksichtigung der Polen wurde die Statistik auch nicht wesentlich beeinflussen.

Abg. **Metzenthin** (kons.) wünscht bei der Besetzung der Theologieprofessuren mehr Parität als bisher; die kritische Richtung dürfte nicht bevorzugt werden.

Kultusminister **Holle**: Bei der Berufung auf die Lehrstühle bei den Universitäten ist sonst in erster Linie die wissenschaftliche Qualität maßgebend, aber bei der Besetzung der theologischen Professuren muß auch das Verhältnis des Nachwuchses der Universitäten berücksichtigt werden. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Unterrichtsverwaltung darauf Bedacht zu nehmen hat, daß die verschiedenen Richtungen innerhalb der theologischen Wissenschaft zur Geltung kommen. Diesen Standpunkt haben alle meine Amtsvorgänger eingenommen zum Segen der Universitäten und zum Segen der evangelischen Landeskirche.

An diesem Grundsatz werde auch ich streng festhalten. Wenn in Berlin ein Konflikt in der Presse über den Nachfolger von Exzellenz Weiß entstanden ist, so wollen Sie daraus entnehmen, mit welchen Meinungsverschiedenheiten wir zu rechnen haben. Die Theologieprofessoren müssen ein warmes Herz haben und stets sich bewußt sein, daß die Jugend zu christlichen Charakteren herangebildet werden muß. (Beifall rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom 13. Februar.

Vorsteher **Michelet** eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr.

Der Ausschuß zur Vorberatung der Vorlage betreffend die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen im Etatsjahr 1908 hat sich konstituiert und den Stadtv. Michelet (fr. Fr.) zum Vorsitzenden, den Stadtv. Frick (n. L.) zum Stellvertreter gewählt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein dringlicher Antrag der Stadtvv. Nelke und Genossen, dahingehend:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine generelle Verfügung an die Deputationen und Werke zu erlassen zwecks Beschleunigung der Ausführung derjenigen Arbeiten, für die Kredite bereits bewilligt sind und insbesondere eine raschere Inangriffnahme und Weiterführung aller städtischen Bauten zu veranlassen."

Stadtv. **Nelke** (a. L.) begründet kurz den Antrag. Der Ausschuß zur Vorberatung des Antrags Dr. Arons habe es für notwendig gehalten, daß möglichst schnell die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Schäden gemildert würden. Aus dieser Erwägung heraus sei der vorliegende Dringlichkeitsantrag einmütig beschlossen worden.

Die Stadtvv. Goldschmidt (n. L.), Dr. Nathan (soz. fortschr.) und Jacobi (a. L.) bitten um einmütige Annahme des Antrages.

Stadtv. Dupont (soz.) schließt sich diesem Wunsche an, gibt aber seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß nicht mehr aus dem Ausschuß herausgekommen sei. Seine Freunde würden sich alles weitere für die Beratung des Antrages Arons vorbehalten.

Der Antrag Nelke wird darauf einstimmig angenommen.

Mehrere Vorentwürfe zu städtischen Bauten werden auf Antrag des Stadtv. **Lenz** (a. L.) einem Ausschuß überwiesen.

In einer Vorlage beantragt der Magistrat die Festsetzung von Fluchtlinien für eine das Wikinger- mit dem Hansaufer verbindenden neuen 20 Meter breiten Straße. Außerdem soll sich die Versammlung damit einverstanden erklären, daß die Anlegung des Hansaufers zwischen Levetzow- und Tile Wardenberg-Straße auf Kosten der Stadtgemeinde erfolgt. Die Vorlage wird angenommen.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen berichtet Stadtv. **Ladewig** (n. L.) über den Entwurf zu einem Mietsvertrag mit dem eingetragenen Verein „Berlin-Treptow-Sternwarte" hierselbst.

Der Ausschuß empfiehlt die Annahme des Entwurfs mit zwei geringfügigen Aenderungen. Die Versammlung genehmigt den Entwurf dem Vorschlage des Ausschusses entsprechend.

Der Verband für erste Hilfe, Abteilung für Krankentransport hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, ihm für das Jahr 1907 eine Beihilfe zu den ihm entstandenen Kosten aus städtischen Mitteln zu gewähren. Der Magistrat will dieser Bitte nachkommen und schlägt der Versammlung vor, dem Verband eine solche Beihilfe in Höhe von 3000 Mark zu zahlen.

Stadtv. Dr. **Weyl** (soz.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Magistratsvorschlag und richtet bei dieser Gelegenheit an den Magistrat die Frage, wie es denn mit der von der Versammlung gewünschten Vorlage über die

künftige Gestaltung des städtischen Rettungswesens

stehe. Dahinter müsse mehr Dampf gemacht werden, denn das Krankentransportwesen müsse der städtischen Wohlfahrtspflege eingegliedert werden.

Bürgermeister Dr. Reicke erwidert, er halte es gegenwärtig nicht für angängig, über die vom Vorredner angeregte Frage zu debattieren. Die Vorlage werde bald fertiggestellt sein und an die Versammlung gelangen.

Stadtv. **Hammerstein** (a. L.) bittet um Annahme des Magistratsvorschlages mit Rücksicht auf das humanitäre Wirken der Gesellschaft für erste Hilfe.

Stadtv. Dr. **Langerhans** (a. L.) stimmt dem Stadtv. Dr. Weyl darin zu, daß die Vorlage über das städtische Rettungswesen beschleunigt werden müsse. Es sei unerhört, daß der Magistrat so langsam arbeite, wenn es gilt, Wünsche der Versammlung zu erfüllen.

Bürgermeister Dr. **Reicke** verwahrt den Magistrat gegen den Vorwurf des zu langsamen Arbeitens. In dieser Angelegenheit sei so schnell gearbeitet worden wie nur irgend möglich. Der Magistratsvorschlag wird angenommen.

Die Versammlung schreitet hierauf zur Wahl von zwölf Mitgliedern der Schuldeputation. Gewählt werden die Stadtverordneten Fischel (n. L.), Hellriegel (n. L.), Aden (n. L.), Söteland (a. L.), Ulrich (a. L.), Lemp (a. L.), Mobler (n. L.), Schultze (a. L.), Dr. Preuß (soz.-fortschr.), Bütow (fr. Fr.), Seeger (fr. Fr.) und Singer (soz.).

Die Versammlung gibt sodann ihre Zustimmung zur Verlegung zweier Dückerrohre der Wasserwerke durch das neue Bett des Spandauer Schiffahrtskanals bei Haselhorst und bewilligt die nach dem Projekt erforderlichen Mittel in Höhe von 150,000 Mark.

Mit der Annahme der letztwilligen Zuwendung des Rentiers Friedrich Wilhelm Bolle für wohltätige beziehungsweise Wohlfahrtszwecke (750,000 Mark) erklärt sich die Versammlung unter dem Ausdruck des Dankes einverstanden.

Zur Verbreiterung der Landsbergerstraße beantragt der Magistrat in einer Vorlage die Zustimmung zu dem Ankauf des Grundstücks Landsbergerstraße 41 zum Preise von 500,000 Mark (408 Mark für das Quadratmeter).

Ein Antrag **Manasse** (soz.) auf Ausschußberatung wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Bei der Vorlage betreffend die Festsetzung der Etats des städtischen Viehmarktes, des städtischen Schlachthofes und der städtischen Fleischbeschau protestiert Stadtverordneter **Hoffmann** (soz.)

gegen die Erhöhung der Schlacht- und Fleischbeschaugebühren.

Bei der gegenwärtigen Teuerung sei eher eine Herabsetzung der Gebühren am Platze. Man solle nicht den Junkern Gelegenheit geben zu sagen: Ihr verlangt die Oeffnung der Grenzen zur Herabsetzung der Fleischpreise und wollt selbst die Gebühren erhöhen und das Fleisch damit verteuern!

Stadtrat **Fischbeck** tritt in längeren Ausführungen verschiedenen Unrichtigkeiten und persönlichen Angriffen von seiten des Vorredners entgegen und bestreitet, daß die in der Vorlage vorgesehene kleine Gebührenerhöhung das Fleisch verteuern würde.

Stadtv. **Hoffmann** (soz.) bemerkt hierauf, daß derjenige, der die Wertzuwachssteuer abgelehnt habe, nunmehr kein Recht hat, die Lebensmittel nur um einen Pfennig zu erhöhen.

Stadtv. **Cassel** (a. L.): Es ist nicht recht zu erkennen, warum Herr Hoffmann, wenn es ihm nur um die Sache selbst zu tun ist, mit einer solchen Wucht persönlicher Angriffe vorgeht und immer etwas von dem, was Herr Stadtrat Fischbeck hier gesagt hat, festnageln will. Unsere Pflicht ist es, im Ausschusse nachzuprüfen, ob diese so geringe Gebührenerhöhung möglicherweise eine Verteuerung des Fleisches zur Folge haben könnte. Gegen die Aeußerung des Herrn Hoffmann über die Wertzuwachssteuer müssen wir entschieden protestieren. Davon kann keine Rede sein, daß wegen des Ausfalls dieser Steuer eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise notwendig geworden sei.

Nach nochmaligen Ausführungen des Stadtrats Fischbeck und einer Replik des Stadtv. Hoffmann werden die Etats dem Etatsausschusse überwiesen.

Zur Kenntnisnahme dient eine Magistratsvorlage betreffend die Einziehung der Gemeindeschulen 49 und 17 im Oktober 1908.

Einigen Bedenken des Stadtv. Dr. **Arons** (soz.) tritt Stadtschulrat Dr. Fischer entgegen, indem er die Gründe darlegt, die die Maßregel als gerechtfertigt erscheinen lassen. Die Vorlage wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Lage schlägt der Magistrat

die Abtragung des Müllberges

auf dem Müllabladeplatz III nördlich der Stralauerallee an der Gollerstraße vor. Mit der Ausführung dieser Arbeiten würde ein Gelände von etwa 38,695 Quadratmeter baureif werden, das einen Verkaufswert von mehreren Millionen besitzt. Die zu machenden Aufwendungen sind auf 750,000 Mark berechnet. Dem Unternehmer soll die Verpflichtung auferlegt werden, bei den in Berlin vorzunehmenden Arbeiten nur solche Arbeiter zu beschäftigen, die in Berlin wohnen und mindestens drei Monate im letzten Jahre hier gearbeitet haben.

Stadtv. **Pfannkuch** (soz.) erklärt sich mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden, wünscht aber, daß der Magistrat dem Unternehmer die Pflicht auferlege, den bei diesem Unternehmen beschäftigten Arbeiter einen Lohn zu bezahlen, der etwas über den Minimallohn hinausgehe, der den Arbeitern der Straßenreinigung gezahlt werde.

Stadtrat **Bohm**: Eine bündige Erklärung in dieser Beziehung könne er nicht abgeben. Der Magistrat werde sich über die Vergebung der Arbeiten erst morgen schlüssig machen, nachdem die Versammlung heute ihren Beschluß gefaßt haben werde. Er werde die gegebenen Anregungen dem Magistrate unterbreiten.

Stadtv. **Goldschmidt** (n. L.) tritt dieser Vorlage durchaus bei, denn es müsse dafür gesorgt werden, daß in der Zeit der Arbeitslosigkeit der Lohn durch den Unternehmer nicht herabgedrückt werde. Redner wünscht ferner, daß der Unternehmer verpflichtet werde, die Arbeiten in vier Monaten zu beenden, und daß im Vertrage vorgesehen werde, daß die Arbeiten kubikmeterweise und nicht fuhrenweise berechnet werden.

Die Vorlage des Magistrats wird schließlich einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung 8½ Uhr.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Nachdem an Stelle des ausgeschiedenen Justizrates Rosenberg Gymnasialdirektor Dr. Hubatsch zum Abgeordneten für den Provinziallandtag gewählt worden war, brachte Stadtverordnetenvorsteher Dr. Fuhrmann ein Schreiben des Kaisers zur Verlesung, in dem der Kaiser für die zum Geburtstage erhaltenen Glückwünsche der Stadtverordneten und des Magistrats dankt.

Der Magistrat hatte einen Antrag eingebracht, zu beschließen, daß eine Deputation für Kunstzwecke gemäß § 59 der Städteordnung gewählt würde. Die Deputation soll sich aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzen, und zwar aus fünf Magistratsmitgliedern, fünf Stadtverordneten und fünf Sachverständigen oder Künstlern als Bürgerdeputierte. Dieser Deputation für Kunstzwecke soll überwiesen werden die Sorge für die Ausstattung der städtischen Gebäude und Amtsräume, der städtischen Straßen und Plätze durch Anschaffung von Werken der Bildhauerkunst oder Malerei oder des Kunstgewerbes und die Pflege dieser Künste und des Kunstgewerbes außerhalb des Rahmens der Kunstgewerbeschule. Der Deputation wird die Verfügung über die Mittel übertragen, die im Etat oder durch besondere Bewilligung für diese Zwecke bereitgestellt sind. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte beantragt, noch vor den nächsten Ergänzungswahlen gemäß § 12 der Städteordnung auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung vom Jahre 1905 die Zahl der Stadtverordneten von 72 auf 78 zu erhöhen, zum mindesten aber eine der veränderten Bevölkerungszahl entsprechende Neueinteilung der Wahlbezirke in den einzelnen Wahlerabteilungen vorzunehmen. Nachdem Stadtv. Holz den Antrag befürwortet hatte, wurde er einem Ausschusse überwiesen.

Der Antrag des Stadtverordneten Lissauer und Genossen, den Magistrat zu ersuchen, bei dem Reichspostamte Vorstellungen wegen der beabsichtigten Verteuerung der Ferngesprächgebühren zu machen, wurde angenommen, nachdem Oberbürgermeister Schustehrus erklärt hatte, daß die Verteuerung auch eine große Erschwerung der städtischen Verwaltung herbeiführe; diese verkehrsfeindliche Verteuerung bedeute eine Strafe für die Industrie.

Die Schiffahrt im Jahre 1907 war außerordentlich lebhaft, es sind infolgedessen umfangreiche Beschädigungen an den hölzernen Brücken verursacht worden, deren Ausbesserung mit hohen Kosten verknüpft war. Zu den Brücken gehören diejenigen über die Spree und den Landwehrkanal, und zwar die Caprivibrücke, Röntgen-, Dove- und Marchbrücke. Die Versammlung bewilligte für Brückenbauten eine Nachforderung von 3500 Mark. Stadtbaurat Brettschneider erläuterte hierbei, daß nach und nach alle Holzbrücken in Charlottenburg durch neue steinerne ersetzt würden.

Der Ausschuß über den Antrag des Stadtv. Hirsch (soz.) und Genossen betreffend Arbeitslosigkeit empfahl der Versammlung folgende Beschlußfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung erkennt mit dem Magistrat an, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt zurzeit zwar ernst, aber nicht kritisch ist; sie hat das Vertrauen zum Magistrat, er werde wie im Jahre 1901/02 die nötigen Maßregeln treffen, um einer etwa weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit gerüstet gegenüberzustehen, ferner ersucht die Versammlung den Magistrat in Erwägung zu ziehen, ob sich die Verwendung städtischer Mittel für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung empfiehlt.

Die Versammlung beschloß demgemäß.

— Ferner hatte der Magistrat beantragt zum Bau einer Personenstation an der Berlin-Hamburger Anschlußbahn südlich des Kaiserdammes einen Zuschuß von einer Viertelmillion Mark zu bewilligen unter der Bedingung, bei der Betrieb auf dieser Station im Jahre 1909 eröffnet wird, und daß vom Tage der Eröffnung ab sämtliche Vorortzüge von und nach Spandau zur Aufnahme von Fahrgästen dort halten. Der Antrag wurde ohne Debatte einem Ausschuß überwiesen.

Für die Herstellung des städtischen Hauses Brauhofstraße 14 zu Schulzwecken werden 27,000 Mark aus dem Dispositionsfonds bewilligt.

Der Magistrat hatte eine Vorlage eingebracht, in der er zur Gewährung von Prämien für zweckentsprechende Ausgestaltung von Gebäuden am Kaiserdamm und an der Bismarckstraße 50,000 Mark verlangt. In der Begründung führt der

Magistrat aus, daß die Straßenbilder nicht nur selten den Anforderungen des guten Geschmacks entsprechen, sondern einfach sogar das Schönheitsgefühl in erheblicher Weise verletzen. Die meisten Mietshäuser seien unter Außerachtlassung der künstlerischen Grundsätze ohne einheitliche Gesichtspunkte und ohne Anbauung an die benachbarten Gebäude in den verschiedensten Stilformen aneinandergereiht. Die Versammlung nahm die Magistratsvorlage nach kurzer Diskussion an.

Aus den Vororten.

Der „Bräutigam" als Einbrecher. Einen unerwünschten Verlauf nahm eine „Heiratsaffäre", die sich in Rixdorf abgespielt hat. Zu der Witwe B. kam vor einigen Tagen ein unbekannter, etwa 50 Jahre alter Mann und wollte ein Zimmer mieten. Frau B erklärte ihm jedoch, daß kein Zimmer frei sei. Der Fremde ließ sich mit der jungen Witwe in ein Gespräch ein, das mit einem förmlichen Heiratsantrag endete. Frau B. fand Gefallen an dem Heiratskandidaten und erklärte sich schließlich bereit, die Seine zu werden. Am Dienstag erschien der Unbekannte in der Wohnung der Witwe und lud sie zu einem Mittagsmahl in einem Restaurant am Hermannplatz ein. Es sollten dabei die notwendigen Formalitäten betreffs der Heirat besprochen werden. Pünktlich fand sich die Witwe ein, der Heiratskandidat kam aber nicht. Als Frau B. nach stundenlangem vergeblichen Warten ihre Behausung wieder aufsuchte, mußte sie die unangenehme Entdeckung machen, daß dort in der Zwischenzeit eingebrochen worden war. Der Unbekannte hatte seine „Zukünftige" aus der Wohnung herausgelockt, um dort ungestört stehlen zu können. Er hatte alles, was er an Wertsachen vorfand, mitgenommen.

Die Spaziergänge des Kunstmalers. Der Maler Fritz Wildhagen in Steglitz wurde, wie gemeldet, am Dienstag inhaftiert, weil er im Verdacht stand, Frauen und Mädchen belästigt zu haben. Wie nun Herr Wildhagen, der nach seiner Vernehmung wieder von der Polizei entlassen wurde, versichert, habe er nur, um sich abzuhärten, eine Kneipkur in Steglitz unternommen, bei der er unter dem Mantel nur schwarze Strümpfe und ein Trikot trug. Dies erregte Anstoß und den Verdacht einiger Passanten um so mehr, als gerade in jener Gegend wiederholt Frauen schamlos belästigt worden sind. Die Polizei rief dem Maler, seine Abhärtungstouren im eigenen Interesse einzustellen.

Zur Arbeiterbewegung.

Die Lohnbewegungen der Zimmerer im Jahre 1907. Zu Beginn des Jahres 1907 waren im deutschen Zimmerergewerbe die Arbeitsverhältnisse in 162 Verbandsstellen mit zusammen 24,673 Mitgliedern tariflich geregelt. Auf Grund der bestehenden Tarifverträge traten im Jahre 1907 für 17,396 Mitglieder des Zimmererverbandes Lohnerhöhungen und für 4635 Mitglieder Arbeitszeitverkürzungen in Wirksamkeit. Diese Lohnerhöhungen schwankten zwischen ein und sechs Pfennig pro Stunde, für 8356 Mitglieder betrug die Lohnerhöhung 2 Pfennig, für 5252 Mitglieder 3 Pfennig. Die Arbeitszeitverkürzung infolge tariflicher Bestimmungen stellte sich durchweg auf eine halbe Stunde. Im Laufe des vergangenen Jahres sind von den Zimmerern 516 Lohnbewegungen eingeleitet worden, an denen 27,379 Mitglieder beteiligt waren. Auf Preußen allein entfielen 300 Lohnbewegungen, an denen 16,165 Mitglieder beteiligt waren. Von diesen Bewegungen wurden 312 mit 15,041 Beteiligten durch Unterhandlungen mit den Arbeitgebern beendigt, in 86 Fällen mit 2771 Beteiligten fan es nicht zum Ausbruch der Streitigkeiten, und in 118 Fällen mit 10,167 Beteiligte = war es zu Kämpfen gekommen. Die erzielten Lohnerhöhungen bei den einzelnen Bewegungen schwankten zwischen 1 und 10 Pfennig. Im einzelnen betrug die Lohnerhöhung pro Stunde für 1344 Beteiligte 1 Pfennig, für 6935 Beteiligte 2 Pfennig, für 1195 Mitglieder 3 Pfennig, für 3911 Mitglieder 4 Pfennig, für 9364 Mitglieder 5 Pfennig, für 1227 Beteiligte 7 Pfennig und für 34 Beteiligte 10 Pfennig. Die Arbeitszeitverkürzung pro Tag betrug für 36 Beteiligte 1/2 Stunde, für 5432 Beteiligte 1 Stunde und für 903 Beteiligte 1 Stunde. Nach den angestellten Ermittelungen hatten eine Arbeitszeit von weniger als 10 Stunden 20,691 Zimmerer, 31,695 arbeiteten 10 Stunden, und 3109 hatten eine längere Arbeitszeit.

Eine amtliche Erhebung über die Arbeitsverhältnisse im Schuhmachergewerbe wird in diesem Jahre in Bayern vorgenommen. Diese Erhebung wird veranstaltet von den Gewerbeinspektoren. Im vergangenen Jahre wurde eine Erhebung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der bayerischen Glasindustrie vorgenommen; im nächsten Jahre ist wieder eine Erhebung in einem anderen Berufe vorgesehen.

Die Glasarbeiter bei der Firma Siemens in Dresden und Döhlen haben eine Bewegung zur Neuregelung der Arbeitsverhältnisse begonnen. Die Hauptforderungen sind: Aufbesserung der Löhne, Anerkennung von Arbeiterausschüssen und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden.

Tarifverträge der Brauereiarbeiter. In Erlangen ist der seit einigen Jahren bestehende Tarifvertrag in der Brauerei von Erlwein u. Schultheiß unter Einschaltung verschiedener Verbesserungen erneuert worden. Neben der Herabsetzung der Arbeitszeit um eine Stunde ist auch eine Lohnerhöhung um eine Mark pro Woche zugestanden worden; außerdem wurde den Arbeitern ohne Lohnkürzung ein Sommerurlaub von drei bis sechs Tagen zugesichert. In Metz ist ein Tarifvertrag zustande gekommen mit der Malzfabrik Devantles. Es wurde erreicht: Herabsetzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden, Extrabezahlung der Sonntagsarbeit, eine Lohnerhöhung von 2.00 bis 3.50 Mark pro Woche und die Gewährung eines Sommerurlaubs von einer Woche. Ein anderer Tarifvertrag der Brauer kam mit der Firma Ulrich in Salzwedel zustande. Die tägliche Arbeitszeit ist dabei um eine Stunde herabgesetzt worden, der Wochenlohn wurde um 1.00 bis 3.50 Mark erhöht, ferner wurde den Arbeitern auch ein Sommerurlaub zugestanden.

INDUSTRIE · HANDEL · BÖRSE

Die Errichtung einer Lederbörse in Berlin

war das Thema, über das in einer Versammlung am 12. d. M. des Vereins Berliner Lederhändler Bernhard Less in Firma Gebr. Less referierte. Der Referent ging zunächst auf die historische Entwickelung der Börsen ein, die zunächst in der Hauptsache Warenbörsen waren; erst später verschaffte dann die durch das Wachsen der Staatsschulden veranlasste Kreierung von Staatspapieren der Fondsbörse ihren grossen Einfluss. Die Errichtung einer Lederbörse sei vor allem deshalb erstrebenswert, weil der Handel als mächtiger Faktor in unserem Erwerbsleben seine Tätigkeit in vollkommenster Weise nur dann erfüllen und der wahre Vermittler zwischen Produktion und Konsum nur dann sein und bleiben könne, wenn er sich einen neutralen Boden schaft, auf dem Angebot und Nachfrage in die richtige Erscheinung treten. Die Errichtung einer Berliner Lederbörse werde sich im Vergleich mit anderen Städten schon deshalb als lebensfähig erweisen, weil die Umsätze im Leder- und Häutehandel in Berlin grösser sind als in anderen Zentren unseres Vaterlandes. Der Umsatz im Garlederhandel inklusive des Handels in Leder für Sattler, Militäreffekten, Portefeuille und Möbel beziffert sich in Berlin auf zirka 160 Mill. M. Dass die Frage der Errichtung einer Lederbörse in neuester Zeit aktuell werde, führt der Referent darauf zurück, dass der Gerbprozess früher ein längerer (1 bis 2 Jahre) als heute war, wo aus der rohen Haut zum Teil in einigen Wochen, jedenfalls in ganz kurzer Zeit das fertige Leder auf den Markt kommt. Als nächsten Schritt auf dem Wege zur Errichtung einer Lederbörse empfahl Bernhard Less zu Ende seines Referates eine Untersuchung darüber, ob Ledernotierungen möglich und eingeführt werden können, wie dies zum Beispiel bei den Notierungen von Wildhäuten in Hamburg ermöglicht sei.

* * *

In der gestrigen Versammlung der Berliner Lederhändler referierte Bernhard Less über das obige Thema. Die Versammlung trat für die Errichtung einer Berliner Lederbörse ein und wählte eine elfgliedrige Kommission, die alle weiteren Schritte veranlassen soll. Der Kommission gehören Vertreter aller Zweige des Berliner Ledergeschäfts an. Als Vorbild soll die Hamburger Warenbörse dienen.

Oesterreichische Kreditanstalt. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, für 1907 wieder eine Dividende von 30 Kr. pro Aktie = 9% pCt. (1906 28 Kr. = 8¾ pCt.) zur Verteilung zu bringen, 1,500,000 Kr. (1906 1,524,000 Kr.) in den allgemeinen Reservefonds zu legen und den Betrag von 674,000 Kr. (668,000) auf das Gewinn- und Verlustkonto des laufenden Jahres zu übertragen. In 1906 wurden noch einer neuerbildeten Sonderreserve 500,000 Kr. überwiesen.) Die Einnahmen betragen insgesamt 23,529,542 Kr. (+ 733,581 Kr. in 1906), die Lasten 9,560,893 Kr. (+ 817,303 Kr. gegen 1906). Der Reingewinn beträgt somit 13,968,649 Kr. gegen 14,052,370 Kr. in 1906 und 10,280,053 Kr. in 1905. Da der Reingewinn im ersten Semester 1907 7,152,661 Kr. betrug (ersstes Semester 1906 5,651,878 Kr.), so ergibt sich für das zweite Semester des Jahres 1907 ein Reingewinn von 6,845,988 Kr. (zweites Semester 1906 8,400,492 Kr.). Der Reingewinn des zweiten Semesters 1907 ist also recht namhaft hinter dem der entsprechenden Vorjahrsperioden zurückgeblieben.

Eine Rente von 600 M. für eine Summe von 100 M. stellt die Londoner „Bankfirma" Bearing Brothers, London E. C. bei einer Beteiligung an einem der von ihr gebildeten „Spekulationssyndikate" in Aussicht. Baring Brothers, das Welthaus, greift zu einer derartigen Propaganda, so fragt erstaunt ein Teil der Leser? Mit Verlaub, die Firma heisst Bearing Brothers. Aber die Privatleute, an die sich die Firma in Deutschland mit Vorliebe wendet, dürften auf den Buchstaben e. der die Firma äusserlich von dem weltbekannten Cityhause unterscheidet, nicht immer achten. Und märchenhafte Erfolge stellt die Firma Bearing Brothers den Glücklichen in Aussicht, die sich einem ihrer Spekulationssyndikate anschliessen! Wir glauben nicht, dass die Firma tatsächlich in den verschiedensten Werten für die einzelnen Syndikate Engagements eingeht, dass sie tatsächlich in Papieren für die von ihr gebildeten Syndikate spekuliert. Aber auf eines spekuliert sie sicher: auf die Dummheit derer, die „nicht alle werden".

Dividenden. Westdeutsche Bodenkreditanstalt 7 pCt. (wie i. V.). Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank 14 pCt. (wie i. V.). Neheimer Bankverein 6 pCt. (0 pCt. i. V.). Porzellanfabrik Unterweissbach 1 pCt. (4 pCt. i. V.). Bernburger Portlandzementfabrik 8 pCt., Berliner Wäschefabrik vorm. Gebr. Ritter 11 pCt., Porzellanfabrik Schönwald 4 pCt. (9 pCt. i. V.), Elberfelder Bankverein 6½ pCt. (6 pCt. i. V.), Deutsche Vereinsbank 6 pCt. (wie i. V.). Braunschweigische Bank- und Kreditanstalt 6½ pCt. (6 pCt. i. V.). Eisenwerk Wülfel 10 pCt., Gerresheimer Glashüttenwerke 15 pCt. (wie i. V.). Berlin-Luckenwalder Wollwarenfabrik 6 pCt. (6 pCt. i. V.). Vierseer Akt.-Ges. für Spinnerei und Weberei 10 pCt.

Magdeburg. 13. Februar. Zuckerbericht. Kornzucker 88 Grad ohne Sack 9,60—9,70. Nachprod. 75 Grad o. Sack 7,85—8,00. Stimmung: Ruhig. Brodraffin. 1 ohne Fass 19,62½—19,87½. Krystallzucker I mit Sack —,—. Gem. Raffinade mit Sack 19,37½—19,62½. Gem. Melis I. mit Sack 18,87½—19,12½. Stimmung: Ruhig. Rohzucker I. Prod. Transit frei an Bord Hamburg per Februar 19,80 Gd., 19,85 Br., per März 19,90 Gd., 20,00 Br., per April 20,05 Gd., 20,15 Br., per Mai 20,20 Gd., 20,30 Br. per August 20,55 Gd., 20,60 Br. Ruhig.

Frankfurt a. M., 13. Febr. abends. Abendbörse. (Schluss.) Ruhig. Darmstädter Bank 126,30. Deutsche Bank 236,00. Dresdner Bank 138,20. Diskonto-Ges. 175,10. Oesterr. Kreditanstalt 292,60. Schaffhaus. Bankverein 135,50. Oest.-Ung. Staatsbahn 145,00. Oesterr. Südbahn (Lombard) 26,60, Hamburg.-A.-P. A.-G. 119,2 . Nordd. Lloyd 106,30. Harpener Bergw. 198,90.

Wien, 13. Febr. (Schlusskurse.) Oesterr. 4% Papierrente 97,75. Silberrente 98,80. do. Goldrente 116,90. do. Kronenrente 97,75. Türk. Lose 186,00. Länderbank 417,00. Oest. Kredit 644,25. Unionbank 549,00. Ungar. Kreditbank 777,00. Wiener Bankverein 536,50. Lombarden 143,75. Schluss ruhig, behauptet.

Wien, 13. Februar. Nachbörse. Oesterr. Kredit 644,00. Franzosen 676,75. Lombarden 143,75. Oesterr. Goldrente —.—.

Paris. 13. Febr. (Schlusskurse.) 3% Französ. Rente 96,87. Banque de Paris 1475. do. Ottomane 715,00. Tendenz: Träge.

Amsterdam. 13. Febr. Bankzinn 77,75.

London. 13. Febr. (Schlusskurse.) Engl. 2½ Konsols 87 9/16. Chines. 4½% Anleihe v. 1898 93¾. Italiener 102½. 5% konsol. Mexik. 102¼. 1889er Russen (2. Serie) 84¾. 4% Türk. unif. 95¼. Ottomanbank 18⅛. Baltimore and Ohio 81. Canada Pacific 149¾. Erie —.—. Southern Railway —. Bankeingang 220,000 Pfund Sterling.

Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,75. Wien 24,40. Paris 25,39. Petersburg 24⅞.

Berliner Firmen-Register.

Abteilung A.: Otto Löffler. Inh. Architekt Otto Löffler. hier. — Ludwig Maucks. Inh. Kfm. Ludwig Maucks. hier. — Gerson Rector. Inh. Kfm. Gerson Rector. hier. — Frau Dora Schaaf. Eisen- u. Produktenhandlung. Inh. Frau Dora Schaaf geb. Möller. hier. Prokurist: Otto Schaaf. hier. — Hans Nepke. Inh. Kfm. Hans Nepke. hier. — Prager Schinken und Fleischwaren en gros Geschäft Elisabeth Hutter. Inh. Frau Elisabeth Hutter geb. Kröder. Prokurist: Rudolf Hutter. — Jean Sklarz. Inh. Kfm. Jean Sklarz. hier. — Hermann Bott. Charlottenburg. Inh. Kfm. Hermann Bott. ebenda. — Paul Fechner. Schöneberg. Inh. Zimmermstr. Paul Fechner. ebenda. — Berliner Kunstgewerbliche Werkstatt Karfunkelstein u. Bräunlich. Ges. sind Kfm. Carl Karfunkelstein. hier und Fabrikant Robert Bräunlich in Weissensee. Beginn 7. 1. 08. Vertretung: nur gemeinsam. — Centrale für Handel und Industrie Martin Wilde. Inh. Kfm. Martin Wilde. hier. — J. Errera u. Co. Pers. haft. Ges.: Kim. Isano Errera. hier. Ein Kommanditist ist beteiligt. Beginn 1. 1. 08. — Heinrich Drechsel. Inh. Fabrikant Heinrich Drechsel. hier. Prokurist Emil Ziehmert. hier. — August Hoddick. Prokurist Wilh. Böhmer. hier. — F. W. v. d. Herberg Nachf. Sitz jetzt Wilmersdorf. — Carl Simon. Butterhandlung. F. H. Wollschläger ist ausgeschieden. der Kfm. Franz Simon. hier. eingetreten. — A. M. Levy. Sitz jetzt Charlottenburg. — Puhl u. Co. Die Ges. ist aufgelöst. Inh. ist allein Paul Nather. — Lorenz u. Uchdorf. Der Rentier Heinr. Uchdorf in Rummelsburg ist eingetreten. — Waren- und Möbel-Credit-Haus Paul Neugebauer Nachf. Inh. ist allein Kfm. Paul Mandowsky. — Arthur Wachsmann. Der Kfm. Richard Willing. hier ist eingetreten. — Deutsche Marschallit-Ges. Caspari u. Co. Die Ges. ist aufgelöst. — Gelsacht und die Firmen: J. Kessler jr. — Berliner Backpulver- ätherische Oele- und Essenzen-Fabrik Paul Schubert — Rudolf Auchmann.

Abteilung B.: Bauges. Gesellschaft Augustastrasse 27 m. b. H. Wilmersdorf. Stammk. 21,000 M. Geschäftsf. Architekt und Maurermstr. Friedrich Langnes. ebenda. — Aquabas G. m. b. H. Berlin. Stammk. 20,000 M. Geschäftsf. Kfm. Franz Wilwer. hier. — Neue Grundstücks-Gesellschaft m. b. H. Berlin. Stammk. 20,000 M. Geschäftsf. Kaufmann Max Möser. hier. — Villen-Kolonie Erkner Dämeritzsee G. m. b. H. Berlin. Stammk. 30,000 M. Geschäftsf. Uhrmacher Paul Fiebig. hier. — Karl Pantermüller, G. m. b. H., Charlottenburg. Stammkapital 20,000 M. Geschäftsführer Kfm. Karl Pantermann. Halensee. — Universal-Telefon-Register. G. m. b. H., Charlottenburg, Stammkapital 20,000 M. Geschäftsführer Kfm. Alexander Priebel. ebenda. — Frauen-Gesellschaft m. b. H., Berlin. Stammkapital 20,000 M. Geschäftsführer Richard Heintze. Südende. — Akt.-Ges. für Cartonnageindustrie. Der Kfm. Wilh. Wegers in Dresden ist nicht mehr Vorstand. — Hermann Meyer u. Co., Akt.-Ges. Vorstand: Apotheker und Fabrikbes. Dr. Max Simonsohn. hier. Vertretung: Derselbe selbständig für sich allein. — Rheinische Automobil-Ges., Akt.-Ges. Die Satzung ist geändert.

Konkurse.

Auswärtige. Kaufmann Wilhelm Busch in Hamburg, Tischlermeister Wilhelm Wilhelmy in Heepen, Kaufmann Hermann Falkenberg in Konitz (Westpr.), Kaufmann Hermann Sünder in Osterwieck (Harz).

Vereine und Versammlungen.

Sitzung haben Freitag abend:

Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung. 8 Uhr im Hörsaal I der Alten Bauakademie (Schinkelplatz 6). Professor Dr. Frey über: „Michelangelos Sixtinische Kapelle".

Liberaler Verein Deutsch-Wilmersdorf. 8½ Uhr, Viktoria-Garten, Wilhelmsaue 114/115. Dr Friedrich Naumann wird sprechen.

Verband Deutscher Maschinen- und Hilfsarbeiterinnen. 8½ Uhr, Kellers Festsälen, Koppenstr. 29: Vortrag von Dr. med. Ernst Adler.

Theaterverein Max Reinhardt. 9 Uhr, Greifswalderstr. 222.

Berliner Freie Studentenschaft. Abt. für Rechts- und Staatswissenschaft. 8½ Uhr in Neumanns Festsälen, Kostenstraße. 41. Reichstagsabgeordneter Giesberts: Sozialpolitik seit Gründung des Reiches. Gäste sind willkommen.

Lotterieverein Treffer. Abends 9 Uhr Zusammenkunft im Restaurant Brandt, Dänenstr. 5.

Berliner Volkschor. Uebungsstunde abends 8½ bis 10 Uhr im Sophien-Realgymnasium Steinstr. 31/34.

Unter dem Namen „Reichs-Spar- und Rabatt-Verein" ist in Berlin SW. 61, Gitschinerstraße 1, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung begründet worden, die laut ihren Bekanntmachungen über ein Stammkapital von 70,000 Mark verfügt. Das Unternehmen unterscheidet nicht nur seinem Prospekt besondere Vorzüge auf! Das Stammkapital ist unbedingt, teilt bei der Darmstädter Bank, sichergestellt, die Eintrittsbedingungen sind äußerst kulant, die Erfolgsrechte werden in barem Gelde und zu beliebiger Zeit ausgezahlt. Rabatt wird bereits bei Einkäufen von 10 Pfennig an gewährt. Auch bietet der Verein in Notfällen seinen Lieferanten und Mitgliedern Gelegenheit zur Aufnahme zinsfreier Darlehen und gewährt selbst nicht rückzahlbare Unterstützung.

Das ist doch aber ein scheusslicher Zustand!

Der Hals ist mir wund, der Husten quält mich und doch will der Schleim sich nicht lösen; mir tun die Glieder weh und selbst nachts läßt der Husten mir keine Ruhe. — So ist's mir neulich gegangen und ich hatte wirklich Angst, es könnte was Ernsthaftes werden. Da sind mir nun Fuhs's echte Sodener Mineral-Pastillen dringend empfohlen worden — und was soll ich dir sagen, nach zwei Schachteln war alles wie weggepustet und ich fühle mich pudelwohl. Versuch's auch einmal, die Schachtel kostet nur 85 Pfennig und ist überall erhältlich.

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen:

Männliche Personen

Möbelpacker b. Rixdorf, N. Donaustr. 83

2 kräftige junge Leute, welche polieren erlernen wollen, sofort gesucht. **Widmaier,** Kaiserstr. 11/12.

Kutscher, der Möbel verpacken kann, Anfangslohn 24 M., verlangt Möbelfabrik Rüdersdorferstr. 55.

Weibliche Personen

Möbelpoliererin b. Eisenbahnstr. 21, 4

Mamsells a. gute Jackett-Kostüme verl. **Slosarczyk,** Planuler 92c.

Junge Mädchen für Bücherpackung verl. **Werner,** Lindenstr. 16.

Mädchen für leichte Handarbeit verlangt Buchbinderei Zimmerstr. 94.

Frau z. Brandlöchen einnähen verl. **Strzyzynski,** Landsbergerstr. 130a.

Flotte Gürtelstepperin verlangt **Lehmann & Schlesinger,** Ritterstr. 77/78.

Arbeitsmädchen zum Leistenschleifen gesucht. Holzleistenfabrik **Strelau,** Alt-Stralau 36.

Falzerin und Kleberin verlangt **Werner,** Lindenstr. 16.

Stepperin auf Leder- u. Seidengürtel verlangt **Siegfried Brat,** Prenzlauerstr. 6.

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung **Königstr. 56/57.**

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung **Bayreutherstr. 32,** Laden.

Gesucht perfekte erste **Taillenarbeiterin** in feinem Maßgeschäft per April n. Zürich (Schweiz). Offerten an **Frau Prager-Bauer, Zürich.**

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung (Zour Kochstr.) Meldungen **Schützenstr. 24/25.**

Blusenstepperin, Zusammensetzerin, Lehrmädchen, Lohn, auch Akkord, verlangt **Theuerkauf,** Stendalerstraße 21.

Buchbinder - Lederarbeiter

Pappscheere, gut erhalten, kauft **Postamt 13** unter **P. u. M.** *

Otto Schmiedchen, Dresdenerstr. 68 hat stets **grosse Auswahl** in **neuen und gebrauchten Maschinen** für d. Papierverarbeitung.*

Buchbinderei. Bestfähige Einrichtung, circa 15 Maschinen, elektrisch. Betrieb, sofort zu verkaufen. Offerten unter **J. H. 4862** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** *

Tüchtiger Tresorarbeiter a. Hauptkasch. **b. Kahlenberg,** Weing. Handjerstr. 9, 2

Jüngerer Tresorarbeiter im Hause verl. **Lucke & Co.,** Dresdenerstr. 76

Pappen-Zuschneider, geübten, verlangt **Raschig,** Engelufer 16.

Buch- und Steindrucker

Accidenz-Setzer ges. Off. unt. **P. S.** Postamt 34.

Gelluloidarbeiter

Tüchtige Biegerin verl. **Döbbelin,** Stallschreiberstr. 6.

Schleifer auf Haarschmuck verlangt **Haeckel,** Marienburgerstr. 9.

Drechsler

Raum für Drechsler u. mit Electro-Motor zum 1. April zu vermieten. **Grandenzerstr. 3.**

Drechsler a. kleine Arbeit verlangt **Fischer,** Schönhauserallee 177.

Graveure etc.

Goldbuchgrav., Spez. Electroplatten, verl. **Trandafirescu,** Ritterstr. 51.

Metallgewerbe

Wer giebt Dreh- u. Gütteleiarbeiten außer dem Hause. Off. u. **A. B. 22** Postamt 30.

Techniker, Kunst- u. Baulchtoff., Gas- u. Wasseranlagen sucht Nebenbeschäftg. Off. **H. G.** Postamt 87.

Junger **Metall-Schleifer,** nicht organisiert, wünscht Stellung. Gefl. Offerten unter **C. D. 7898** an die Filiale dies. Ztg., Schiffbauerdamm 1.

Klempner für Werkstatt verl. **O. Fechner,** Steglitz, Düntherstr. 8

Schleifer a. Möbelsch. Schrift. Meld. Exp. d. Ztg., Prinzenstr. 41 u. E. N. 1312.

Bauklempner, der a. Kupfer deckt, verl. Off. u. **J. T. 4977** an d. Exp. der Volksztg., Jerusalemerstr. 46.

O. Zeidel & Co., Ballstädterstr. 77 suchen einen **Schlosser f. Werkzeugbau** und einen **Klempner f. Kupfer und Schwarzblech.**

Geübte Gießer für Hartbleiguß sofort nach Dresden gesucht. Auskunft erteilt **M. Höfke, Berlin 80. 36.** Heidelbergerstr. 28.

Schlosser finden auf bessere Gitter- und Kunstschmiedearbeit dauernde und lohnende Beschäftigung bei **E. Behrend, Altenburg i. Th.,** Baubeschlag-Fabrik u. Kunstschmiede.

Werkzeug-Schlosser, Automobil-Schlosser, Dreher verl. Chausseestr. 9, Arbeitsnachweis, II. Ho

Tüchtige **Ornamentenklempner** auf Bronze suchen **Kadow & Riese,** Diefenbachstr. 33.

Mechaniker

wird sofort verlangt. **H. Axon,** Gasmesserfabrik, Charlottenburg Wilmersdorferstraße 39.

Posamentiere

Seiden-Käufer für Posamentenzwecke verl. **Pilugk & Lorchner,** Holzmarktstr. 11.

Schneider

Wohnung f. Schneid., 2 Stb. u. K. 375 M., z. 1. 4. z. verm. **Neue Grünstr. 38.**

Zuschneider, Zivil und Uniform, sucht Stellung. Off. Postamt O. 17, postl. **H. 10.**

Wegen Krankheit Kundenschäft. m. kleinem Stofflager sof. zu übernehmen. Passend f. Anfäng. Landwebersstr. 10 pt.

Wer Stoffe, Kammgarne, Reste spottbillig kaufen will, nur im Tuch-Lager Molkenmarkt 12/13, **Engel.** *

Schneiderei-Zuschneidekurse, gründlich, billig. **Rämmler**, Wasserthorstr. 19.*

Gut. Westenschn. v. Ortel, Sebbeldtr. 30.3

G. Taschenschneider v. Sebbeldtr. 18.

Schn. a. Lager u. v. Zirz, Prinzenstr. 35. p. 4

T. Hosenschn. v. Alte Jakobstr. 92. p. r. 4

Hosenschn. a. St. Marthan, Zehdenickerstr. 7

Gesellen a. glatte Damen-Jacken v. **Zaehring**, Langestr. 35.

Tagschn. für Reparat. u. Aenderung verl. **Berger**, Schützenstr. 56. v. 4 Tr.

Jg. Hosenschn. auf Woche zur Hand dauernd. **Salz**, Alte Jakobstr. 121. p. 4 Tr.

Gef. auf gute Maßhosen verlangt **Hirsch**, Elisabethstr. 12B, v. 2 Tr.

Gef. auf Kostümjacken u. -Röcke verl. **Bleiweiss**, Gneisenaustr. 12.

2 tücht. Rockschn. a. St. für westl. Vorort. Näh. **Karthan**, Zehdenickerstr. 7

Schneidergel. a. Woche, gute Herren-Lager-Jacket vol. **Fritz**, Hochmeisterstr. 13

Sackschneider auf Confect. a. Haus verl. **Grüneberg**, Mühlenstr. 48.

Gesucht Paletots, Ulster, Jackets bei Confection v. **Rixdorf**, Steinmetzstr. 80.

Tücht. Taschenschneid. verl. (Zuschn.) **Hochemeyer**, Regensburgerstr. 25a.

Jung. Schneid. a. Damenjackets, auch anlernen, v. **Bienert**, Büchserstr. 23.

Taschneider, der sorgfältig ändern kann und guten Rock macht. **Wallburth**, Burgstr. 3.

Bügler auf Jackets verl. **Wünschmann**, Frankfurter Allee 61, 2 Trp.

Bügler, tüchtigen, verlangen **Haber & Zikel**, 66 Leipzigerstr. Spittelmarkt.

Tüchtiger junger Herrenschneider für die Damenschneiderei verlangt **R. Ewe**, Zimmerstr. 19.

Tüchtige Zuschneider per sofort gesucht. **Adalbert Stier**, Wallstr. 9 12.

Westenbügler auf Stoffe u. Piqueswesten suchen sofort bei tarifmäßigem festen Wochenlohn von 25—36 Mark **Machol & Lewin**, Direktenstr. 28.

Schuhmacher

Schuhm., tücht., sucht Stell. i. o. a. H. **Borgfeldt**, Tempelhof, Fdr. Wilh. ft 24

Zwicker verlangt Fehrbellinerstr. 50

Schuhm., Sohl., Fl. Schönhauser Allee 60

Schuhm. a. Sohl. u. Fl. bl. Bismarckplatz

Schuhm. a. Sohl. u. Abs. v. Admiralstr. 6

Jung. Schuhmacher, dauernd, gut. Lohn, verlangt Steinstr. 48.

Tischler

Hobelb., gebr. Stellmacherb., Zinkhl. Hobelbill. **Haupt**, Wrangelstr. 21.

Tischlerei mit 2 Bänken billig zu verkaufen Linienstraße 116.

Tischler, gut polieren, sucht Arbeit gleich welcher Art. **Jänsch, Rixdorf**, Biebricherstr. 11.

Tüchtiger Umleimer sucht dauernde Stellung. **Reiner**, Malmöerstr. 7, I v.

Zuverl. Poliermeister, Flüg. u. Piano, sucht pr. 1. 4. anderweitig Stell. Gef. Offert. u. **W. 2878** an die Exped. der Volks-Ztg., Frankfurterstr. 87.

Werkmeister, in allen Theilen des Flügel- u. Piano-Baues gut bew., wünscht s. 1. April sich zu verändr. Gefl. Off. u. **H. 2879** a. d. Exp. d. Volks-Ztg., Gr. Frankfurterstr. 87.

Provision, hohe, w. Bautischlerei **erstarbeiten jeder Art nachweisl.** Offerten unter **B. 56** Postamt 27 erbeten.

Pianoforte-Fabrik, electrisch eingerichtet, mit großen Aufträgen versehen, sucht noch einige tüchtige Genossen zum Beitritt. Offerten **F. K.** Annoncen-Exped. **Schild**, Wienerstraße 1.

Fertigpolierer verl. Urbanstraße 64

Tischl., Nachtischr. v. Sofas, Frankf. Allee 56

Kundentischler v. Potsdamerstr. 110

Gef. a. Buffets v. Franz, Weberstr. 3

Tüchtigen **Tischler**, der auch ein Pferd versieht, verlangt Möbelhandlung, **Rauchstraße 27a.**

Tischler, Maschinenarbeiter, Polier, auf feine polierte Arbeiten verlangt **Otto Dischleit**, Admiralstr. 18b.*

Fraiser auf Holz, Celluloid, Perlmutter finden guten Verdienst bei **Noa**, Stallschreiberstraße 58.

Polierer auf Holzleisten verlangt **Pfrimer**, Ritterstraße 26.

Kehler auf Piano-Mechaniken sofort verlangt **Greifswalderstraße 155/156.**

Zuschneider, energisch, für Bettstellen und Schlafzimmer, Möbelfabrik, Teilarbeit, sofort gesucht. Off. u. **M. K. 102**, Postamt 34.

Flott. Möbelpol. w. Werkstatt übernimmt. Postf. 33. R. S. 77. Nicht Werb.

Gesellen a. große dreitürige Schränke für Schlafzimmer verlangen **Niesel & Kämmer**, Bothagenerstr. 31c.

Gesellen auf dreitür. Abbauschränke nach Zeichnung verlangt **Frenchstr. 25.** Nur eingearbeitete laub. Arbeiter werden berücksichtigt.

Tüchtiger Flügelpolierer in dauernde Stellung bei hohem Lohn sofort gesucht. **Hof-Pianoforte-Magazin Ernst Fischer-Lichtenberg**, Breslau II, Gartenstr. 65.

Vergolder

Beleger für Goldleistenfabrik nach außerhalb gesucht, nur erste Kraft, hoher Lohn u. Reisevergütung zugesichert. Schriftliche Meldungen unter **O. R. 8861** an **Rudolf Mosse**, Frankfurterstr. 33.

Weber

Bandweber gesucht. **Mühlendorf**, Warschauerstr. 57

Zigarrenmacher

Zigarrenmacher verlangt Frankfurterstraße 56.

Zigarrenmacher nach Ausmärts gesucht **Braun**, Schlemannstr. 13. I.

Lehrlinge

Für einen im Rudolf Mosse'schen Erziehungsheim zu Pankow-Wilmersdorf b. Berlin erzogenen evangelischen 16jährigen Knaben wird eine **Kaufmännische Lehrstelle mit freier Station gesucht.** Gefl. Anerbietungen an den **Director Dr. Heintze.**

Lehrling und Laufburschen verlangt **Felix Tenschert**, Lebensmittelfabrik, Reichenbergerstr. 182.

Theater * Konzerte

Königl. Schauspiele.

Opernhaus.

Freitag: **Carmen.** (42. Abonnements-Vorstellung.) Anfang 7½ Uhr.

Sonnabend: **Figaros Hochzeit.** (43. Abonnements-Vorstellung.) Anfang 7½ Uhr.

Schauspielhaus.

Freitag: **Wilhelm Tell.** 45. Abonnements-Vorstellung.) Anfang 7½ Uhr.

Sonnabend: **Die Rabensteinerin.** (46. Abonnements-Vorstellung.) Anfang 7½ Uhr.

Lessing-Theater.

Freitag 8 Uhr: **Der Biberpelz.**
Sonnab. 8 U.: **John Gabr. Borkman.**
Sonnt. 3 U.: **Die versunkene Glocke.**

8 Uhr **Residenz-Theater.** 8 Uhr
Bibi!
Hierauf: **Der selige Octave.**
Sonnt. N. 3 U.: **Der Prinzgemahl.**

8 Uhr. **Neues Theater.** 8 Uhr.
Simson.
Ferdinand Bonn als Gast.

Trianon-Theater. Anf. 8 Uhr.
Baron Toto.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Der Opernball.**
Sonnab. u. folg. Tage: **Der Opernball.**

Komische Oper.
Freitag, den 14. Februar, Anf. 8 Uhr:
Tiefland.
Sonnabend: **Tiefland.**
Sonntag Nachm. 3 Uhr: **Carmen.**
Abends SU.: **Die verkaufte Braut.**
Montag: **Tiefland.**

Kleines Theater. Mandragola.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: **Mandragola.**
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Ein Puppenheim (Nora).
Abends 8 Uhr: **Mandragola.**
Montag: **Mandragola.**

Luisen-Theater.
14. Februar:
Krieg im Frieden.
Sonnabend 4 Uhr. z. letzten Male:
Max und Moritz.
Abds.: **D. Mädchens Lebensw.**
Sonnt. Nachm.: **Krieg im Frieden.**
Abends z. 1. M.: **Unser Doktor.**
Montag: **D. Mädchens Lebensw.**

XIII. Saison.
Circus Busch.
Freit., d. 14. Febr. 08, Ab. 7½ U. präc.:
Grosse Gala-Wohltätigkeits-Vorstellung!
Zum Besten d. Vereins zur Speisung armer Kinder u. Notleidender E. V.
Auftreten des Herrn Komm.-Rat **Gustav Stensbeck**, Direktor des Berliner Tattersall, als Gast.
Die australisch. Holzfäller.
Scenen aus dem australisch. Busch.
Sensationell! Sensationell!
Aurora-Truppe!
sowie das grosse Gala-Programm!
Um ca. 10 Uhr: **Auf der Hallig!**
Gr. Ausst.-Pant. d. Cirk. Busch i. 4 B.
Das Geheimnis der tauchenden Sirenen!
Die Wunder der Tiefsee!

Schiller-Theat. O. (Wallner-Theat.)
Freitag, Abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Sonnabend, Abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Sonntag, Nachm. 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, Abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.

Schiller-Theater Charlottenbg.
Freitag, Abends 8 Uhr:
College Crampton.
Sonnabend, Abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Sonntag, Mittags 12 Uhr:
Matinée zum Besten des Charlottenburger Studentenheims.
Sonntag, Nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg).
Freitag, Abds. 9 Uhr
Vortrag von **Dr. James Simon:**
Eugen d'Albert.

Theater an der Spree
Köpenickerstr. 68.
Zum 48. Male: **Hokuspokus.**
Sonnabend: **Hokuspokus.**
Sonnt. Nchm. 3 Uhr: **Ausgewiesen.**
Sonnt. SU.: **Jubiläums-Vorstellung** von Hokuspokus. (Jed. Besucher erh. das Couplet „Wo ist es denn?")

Bürgrl. Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7—9.
Heute: zum 1. Male!
Die Jungfrau v. Orleans.
Trauerspiel in 5 Akt. v. Fr. v. Schiller.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag Nachm. 3 Uhr: **Othello.**
Abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Meister Josef.
Schausp. in 1 Vorspiel u. 3 Vorgängen von Eberh. König. Anfang 8 Uhr.
Sonnab. 3 Uhr: **Nathan der Weise.**
Abends 8 Uhr: **König Heinrich.**
Sonnt. 3 Uhr: **Nathan der Weise.**
Abd. 8 Uhr: **Madame Sans Gêne.**

WINTER GARTEN
Otto Reutter
und das
neue Programm
von Publikum u. Presse glänzend beurteilt.

Circus Schumann
Heute Freitag, 14. Febr., 7½ Uhr:
Grosse komische Vorstellung.
Sämtl. Clowns in den allerneuesten komischen Intermezzis.
Kunstradfahrertruppe Klein mit dem urdrolligen Neger.
Die Sensation des Tages
Resisto
Das elektrische Rätsel.
Ausserd. das exquis. hochkom. Progr.
Um 9½ U. Tagesgespräch. Ende 11 U.
Amerika
Pracht-Ausstattungspantomime.
Sonnt. Nachm.: **D. lust. Heidelberg.**
1 Kind frei, jed. weitere halbe Preise.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Danny Gürtler!
Der König der Bohême
und das grosse Februar-Progr.!

Metropol-Theater
Das muss man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) v. J. Freund. Musik v. V. Hollaender. In Szene ges. v. Dir. **Rich. Schultz.**
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag, d. 16. Februar, Nachm. 3 Uhr:
Neuestes Allerneuestes.

F. Happoldt's Neuer Konzertsaal.
Jed. Sonntag, Dienstag u. Donnerst.:
Grosses Militärkonzert.

50 Mark Nebenverdienst überall unauffällig und dauernd. Schriftl. Anfr. a. **C. Grau, Jabern, E. 30***

Apollo Theater
9¼ Uhr! Der Oper-Schlager d. Saison Mitislaw der Moderne v. F. Lehár.
Ab 8 Uhr: Das hervorrag. Specialität.-Programm mit La belle Alexia.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu: **Husaren-Streiche.**
Anfang 8 Uhr.
Restaurant: Bockbierfest.

Kyffhäuser-Technikum
FRANKENHAUSEN
für Maschinenbau, Elektrotechn. Eisenbau u. Brückenb., landwirt. Maschinenbau, 700 qm Maschinenlaboratorien.
Hoch- u. Tiefbau

3—20 Mk. täglich können Personen jeden Standes verdienen. **Nebenerwerb** durch Schreibarb., häusl. Tätigk., Vertreig. etc. Näh. **Erwerbszentrale in Freiburg i. Br.***

Deutsches Reichs-Adressbuch
Herausgegeben von Rudolf Mosse
Ausgabe 1908. Band I

Adressbuch
von
Berlin, Brandenburg Mecklenburg, Anhalt

enthält auf 1200 Seiten das gesamte Adressenmaterial mit Telephonrufnummern von ca. 6000 Orten dieser Länder, u. a. alle Kaufleute und Industrielle, Aerzte, Rechtsanwälte, Hotels 2c., ferner die Gewerbetreibenden, Handwerker, die Gutsbesitzer und Landwirte, Bäder und Kuranstalten 2c. — Die Adressen sind nach Orten und Branchen geordnet. Jedem Lande sind Spezialkarten, jedem Orte ausführliche Angaben über Eisenbahn, Post, Telegraphen, Telephon-Verkehr, Gerichtszuständigkeit, Industrie und Handel, sowie die Marktage im Jahre 1908 beigefügt. — Neu: Länder- und Städte-Wappen. — Ferner Ortsregister, Bezugsquellennachweis, Industrie- und Handelsanzeiger.

Preis gebunden M. 7.50 (franco).

Die Teilbände des Deutschen Reichs-Adreßbuchs bieten dem Geschäftsmann ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Erweiterung seines Absatzgebietes, zur Ermittelung vorteilhafter Bezugsquellen. — Sie besitzen vor allen übrigen Landes-Adreßbüchern den Vorzug der absoluten Zuverlässigkeit, Vollständigkeit und Billigkeit, vor allem den des jährlichen Erscheinens. Daher ist das Adressenmaterial stets neu revidiert. Ferner für 1908 erschienene Bände, Preis pro Band Mk. 7.50:

2: **Pommern**, Ost- u. Westpreussen, **Posen, Schlesien.**
3: **Königreich Sachsen,** Thüringen, Lippe, Waldeck.
4: Hansastädte, Schleswig-Holstein, **Hannover,** Braunschweig.
5: Westfalen, Provinz Sachsen, Hessen-Nassau.
6: Rheinprovinz, Grossherzogtum Oldenburg.
7: Bayern, Grossherzogtum Hessen.
8: Württemberg, Hohenzollern, Baden, Elsass-Lothringen.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch den
Verlag des Deutschen Reichs-Adressbuchs
G. m. b. H. * Berlin SW. 19.

Hermann Engel
Landsbergerstr. 86/87.

Heute Freitag und morgen Sonnabend
nachmittag nur von 4—7 Uhr:

6000 Meter Blusen-Seidenstoffe	1.85 und 1.20 Mk.
12000 Meter Schleiertülle . . .	10 Pfennige
2500 Herren-Kravatten	15 Pfennige
1500 Herren-Kragen	10 Pfennige

33⅓ bis 50 Prozent
unter bisherigen Preisen
Herren-, Damen- und Kinder-Schuhwaren.

Ihr Husten weicht sofort
nach Gebrauch von
Guathymin Lepehne D R W 67 885
Hervorrag. Mittel geg. alle Katarrhe, Keuchhusten, Influenza etc. Fl. M. 1.20 in allen Apotheken oder direkt d.: Apotheker G. Lepehne, Königsberg i. Pr.
Bestandt.: Kaliumsulfoguajacol 7 Teile, Thymian-Extrakt 4 Teile, arom. Subst. 2 Teile, gr. Honig u. Glycerin 100 Teilen.

Reichs-Spar- u. Rabatt-Verein G. m. b. H.
Stammkapital 70,000 Mk.
Berlin SW., Citschinerstrasse 61 (Halleisches Tor)
Fernspr. Amt 4 4765.
Mitgliedschaft umsonst!
Die Auszahlung der Sparbücher erfolgt in der Zeit vom 1.—31. Dezember, findet aber auch jederzeit ohne Abzug an der Hauptkasse statt.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbind., Geradehaltern, Spritzen, Suspensors,** sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Liefer. f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen.
BERLIN N.,
Jetzt 60 Lothringerstr. 60.
Alle Bruchbänder m. elastischen Pelotten, Bohrer-Brangenehm u. weich am Körper.

Handwäscherei Frau **Gorczinski, Köpenick**, Parifiusstr. 12 wäscht lauber, trockn. i. Freien. Lak., Leibin., 3 Hdtüch., 4 Taschtüch. 10 Pf. Abholung Sonnabd.

Bitte gratis Katalog zu verlangen über das beste **Nutzgeflügel, Brutei, Geflügelhäuser,** sämtl. Zuchtgeräte usw. **Geflügelpark i. Auerbach** Hessen.*

Vermietungen

Mantenfeiffr. 80 Laden billig vermietbar. Jede Filiale passend.

Magenleidende.
Ich gebe auf Wunsch gerne **kostenlos** Auskunft, wodurch ich von meinem jahrelangen Leiden und Verdauungsbeschwerden gänzlich befreit wurde.
Frau Gertrud Bartel, Magdeburg, Scharnhorstr. 11, I.*

Pianino Duysen elegant, billig und zu verkauf. Bülowstr. 47, vorn hochpart. links.*

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste, Plüsch-Reste, Moquetts, Sattelteppichen, Muster bei näherer Angabe franko
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienst. 158